



Ostern 2020.

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Der amerikanische Risikopatient



VON KARL DOEMENS

- In New York bereits mehr als 100.000 bestätigte Corona-Infektionen
- Kein Land auf der Welt hat mehr bestätigte Fälle als die USA
- Auf Hospitalschiff dürfen keine Patienten mit ansteckenden Krankheiten

Amerika ist ein Land der Superlative. Und es scheint, dass die USA auch in der Corona-Pandemie auf dramatische Weise alle Rekorde brechen: Mit mehr als einer Viertelmillion Infizierten haben die USA in den weltweiten Statistiken längst Italien und China überholt. Die Kurve schießt ungebremst weiter nach oben. Natürlich: Auch anderswo wurde lange die flächenbrandmäßige Ausbreitung des tückischen Virus unterschätzt. Auch anderswo gibt es zu wenig Masken und teilweise widersprüchliche Aussagen von echten und vermeintlichen Experten. Aber die Diskrepanz zwischen der rasanten Ausbreitung der Lungenkrankheit Covid-19 und der hilflos-chaotischen Reaktion eines völlig überforderten Gemeinwesens in den USA ist alarmierend. Gravierende strukturelle Defizite des Sozial- und Gesundheitssystems, die tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft und ein inkompetenter und narzisstischer Präsident an der Spitze machen das Land mit seinen 320 Millionen Einwohnern zu einem einzigen Risikopatienten für die Pandemie. Erst in zwei bis drei Wochen wird mit dem Höhepunkt der Krise gerechnet, doch in sechs Tagen dürften nach den offiziellen Prognosen alle Intensivbetten belegt und alle Beatmungsgeräte vergeblich sein. Dann werden die Ärzte im reichsten Land der Welt auswählen müssen, welches Leben sie zu retten versuchen und welches sie aufgeben – ein furchtbarer Gedanke.

Gleichzeitig stehen eifrig Menschen stundenlang für einen Test an, obwohl sich Millionen ohne Krankenversicherung trotz des Verdachts auf eine Ansteckung erst gar nicht melden dürften. Die Arbeitslosen erreichen erst nach Tagen Ansprechpartner beim Amt – denn mit dem Job sind sie meist auch ihre Krankenversicherung los. Das alles ist Folge einer Ideologie, die ganz auf die individuelle Freiheit setzt und den Staat brutal abgemagert hat.

Doch angesichts einer unvorhersehbaren Katastrophe wirkt der Appell an die Eigenverantwortung hohl und provoziert zudem in einer von Verschwörungstheorien und

ideologischen Feindschaften geprägten Gesellschaft ein teilweise bizarres Echo: Nicht nur das Toilettenpapier ist in den USA ausverkauft. Auch die Waffenkäufe haben sich fast verdoppelt. Der Immunologe und Regierungsberater Anthony Fauci braucht inzwischen Polizeischutz. Evangelikale Prediger warnen, dass mehr Leben durch Abtreibung als durch die Pandemie vernichtet würden, Rednecks posieren grinsend in „Ich überlebte das Coronavirus“-T-Shirts, und komplett Durchgeknallte trinken tatsächlich Aquariumreiniger zur Prophylaxe.

Das alles ist Folge einer Ideologie, die ganz auf die individuelle Freiheit setzt und den Staat brutal abgemagert hat.

An diesem Chaos trägt Donald Trump eine erhebliche Mitschuld. Erst hat er fahrlässig lange die Gefahren des Virus heruntergespielt. Nun inszeniert er die Gesundheitskrise mit täglichen Pressekonferenzen wie eine bizarre Ego-Show. Und immer geht es Trump um eines: seinen eigenen Ruhm.

Seit ein paar Tagen ankert die USNS Comfort im Hudson River. Trump hat das Hospitalschiff mit 1000 Betten persönlich nach New York geschickt. Doch die militärischen Vorschriften verbieten die Aufnahme von Patienten mit ansteckenden Krankheiten. Während die Hospitäler in New York zusammenbrechen, sind an Bord ganze 20 Betten belegt. Plastischer kann man den amerikanischen Offenbarungseid in der größten Gesundheitskrise des Jahrhunderts kaum illustrieren.

newsdesk@freiepresse.de

Geld oder Leben

VON KLAUS-GREGOR EICHHORN

Zurzeit verbreitet sich im Internet der Beginn eines Interviews mit dem Philosophen Theodor W. Adorno aus den 1960er-Jahren: „Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt noch in Ordnung.“ Adorno darauf knapp: „Mir nicht.“

Dieser trockene Einwand aus einem völlig anderen Kontext geht nicht ohne Grund gerade im Netz „viral“. Denn bei aller Fixierung auf das akute Management der sogenannten Coronakrise dürfen wir nicht vergessen, dass eine Krise niemals nur etwas „von Außen“ ist, sondern vielmehr zeigt, was mit dem „Innen“ – dem System, auf das der Stressfaktor trifft – schon vorher etwas nicht in Ordnung war.

Das augenscheinlichste Beispiele ist die plötzliche Knappheit von Schutzausrüstungen wie Masken und Kittel sowie lebensnotwendiger Medikamente – noch bevor überhaupt eine Handvoll Coronapatienten auf den meisten deutschen Intensivstationen angekommen ist.

Aus den berühmten „Kostengründen“ wurde die Produktion auf wenige Standorte in sogenannten Billiglöhnländern verschoben. Ökonomisch sinnvoll – nur leider verückt: Wenn Sie zu Hause Ihren Garten bewässern müssten – würden Sie den Schlauch quer über drei Bezirke legen um ein paar Cent zu sparen, aber damit riskieren, dass man während der nächsten Trockenzeit über Kilometer die Leitung anzupfen oder ganz kappen kann? Nun, vielleicht würden Sie doch den Wasserhahn in Ihrem Garten nehmen.

Die Lobgesänge auf die alles regelnde Hand des freien Marktes sind leiser geworden seit der Preis von Schutzmasken innerhalb von zwei Wochen um etwa 3000 Prozent angestiegen ist und in der Welt wieder einmal die Gesetze des Dschungels gelten: Der Stärkste nimmt sich, was er kann – so wie Deutschland sich noch damit brüstet, zu den Ländern zu gehören, die bei diesen Preisen mitbieten können.

Daher muss man die Forderung mancher politischer und ökonomischer Akteureinnen und Akteure, möglichst schnell wieder zur Normalität zurückzukehren, als schlimmste Drohung von allen verstehen. Denn genau diese Normalität hat diese Krise ermöglicht oder zumindest so groß werden lassen. Kein Krieg, keine Hungersnot, kein Zusammenbruch wie etwa bei der „Spanischen Grippe“ (1918 - 1920) mussten vorangehen – es war das tägliche „business as usual“: die Missachtung ökologischer Prinzipien, der schamlose weltumspannende Dauertransit von Menschen und Gütern, das rein auf ökonomische getrimmten Gesundheitswesen.

Entgegen den großen Überschriften, dass nun plötzlich durch ein schwerwiegendes äußeres Ereignis die Gesellschaft vor der Frage stünde „Geld oder Leben“ und Ärztinnen und Ärzte in der Folge vor der von Leben oder Tod, stellt sich in Wahrheit diese Frage schon seit Jahren – nur eben nicht so medial verdichtet, ohne Vollverummung und ohne Kanzlerinnen-Ansprache.

Dass Krankenpfleger und Ärzte wirtschaftliche Interessen vor die Gesundheit und das Leben ihrer Patienten stellen müssen, ist keine Neuheit – es ist der Dauerzustand. Wie in jedem Betrieb, so muss in Praxen und Krankenhäusern mit möglichst wenig Personal der größtmögliche Gewinn erzielt werden. Den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie folgend, braucht es eine fortwährende Nachfrage und immerwährendes Wachstum. Nun stellt sich die Frage, woher bei gleichbleibender Bevölkerungsgröße ein derartiges Wachstum herkommen soll? Sie ahnen es: durch mehr „Krankheit“. Das Schlimmste, das dem Gesundheitssystem demnach passieren könnte, wäre also: Gesundheit.

Deswegen steigt und steigt die Zahl der operativen Eingriffe. Deswegen müssen Krankenhausbetten belegt werden, komme was wolle. Und deswegen müssen sie auch wieder leer geräumt werden, sobald die

EINSPRUCH: LEHREN AUS DER CORONAKRISE

Einspruch – Standpunkte zum Streiten. Unter diesem Motto veröffentlicht die „Freie Presse“ einen Gastbeitrag von Klaus-Gregor Eichhorn. Der Arzt und Publizist meint, die Entscheidung über Leben und Tod stelle sich nicht erst seit der Coronapandemie.



FOTO: MARIAN NURAZDPA

Dass Pfleger und Ärzte wirtschaftliche Interessen vor die Gesundheit ihrer Patienten stellen müssen, ist keine Neuheit – es ist der Dauerzustand.

„Fallpauschale“ abgegolten ist – egal, mit welcher Konsequenz für die Menschen.

Aus diesem Grund bläst sich eine Bürokratie zwischen Krankenkassen und „Leistungsbringern“ auf, versuchen die einen immerzu die anderen auszutricksen. Mit der Folge dass mehr und mehr Personal auf beiden Seiten mit Dokumentieren, Prüfen und Schummeln beschäftigt ist, statt sich den Patienten widmen zu können.

Da aktuell viel von „Infektiosität“ und Hygiene gesprochen wird, sei dieser „Normalzustand“ an einem nur wenige Monate alten Beispiel illustriert: Noch im November 2019 hatte das Robert-Koch-Institut veröffentlicht, dass sich in Deutschland jährlich bis zu 600.000 Menschen eine Krankenhausinfektion zuziehen und jährlich 10.000 – 20.000 Menschen daran sterben. Gleichzeitig sind in unserem Land 17.000 Pflegestellen nicht besetzt – ein Desaster. Wenn Sie sich nun vorstellen, was passiert, wenn eine Schwester oder ein Pfleger mit 20 bis 30 Alten und Kranken im Nachtdienst allein ist: Wo, denken Sie, wird es zwangsläufig als erstes hapern, wenn er oder

ist – wird man sich an die erinnern, die ihm getrotzt haben, die jetzt Stress und Überstunden, persönliches Risiko und psychische Belastung akzeptieren mussten? Oder wird es weitergehen wie bisher – oder gar noch schlimmer, weil die wirtschaftlichen Verluste aus der Coronazeit kompensiert werden müssen? Werden irgendwann die billigen Plastikschläuche an den Beatmungsgeräten durch bessere ersetzt – und zwar auch dann, wenn nicht mehr alle davon reden, dass durch eine Undichte das Virus in die Welt geblasen wird? Wird mein Arbeitgeber wirklich alles tun, um meine Gesundheit zu schützen? Ist es tatsächlich in Ordnung, die Masken mehrfach zu benutzen? Wie kann es sein, dass die Vorschriften dazu plötzlich gelockert werden?

Auch wenn diese Zweifel in vielen Fällen unberechtigt sein mögen – sie sind in der Welt und verunsichern. Und eben nicht wegen dem, was in der Krise gesagt und getan wird – sondern aufgrund der Erfahrungen in der Zeit davor.

Ich entsinne mich an die Worte eines Krankenpflegers, der mir sagte: „Ich will nicht, dass die Leute für mich klatschen. Das ist nett, aber es nützt nichts. Es lenkt nur ab. Ich will, dass die Leute mit mir streiken.“ Das ist es, worum es geht: Umso mehr diese Krise reduziert wird auf einen „Krieg gegen einen unsichtbaren Feind“, einen „äußeren Schock für die Ökonomie“, gar eine „Strafe Gottes“ oder eine „zurückschlagende Natur“ – umso mehr lenken wir davon ab, dass diese Misere zu einem großen Teil menschengemacht ist und Menschen es deshalb auch ändern könnten. So wird das Politische verdrängt durch das vermeintlich Schicksalhafte. So ändert sich nichts.

Entweder/Oder: Vor dieser Frage stehen die meisten, die im medizinischen Sektor arbeiten, jeden Tag. Und die meisten hoffen, dass sich nach dieser Krise unsere Gesellschaft endlich die Frage stellt: Wollen wir ein Gesundheitssystem als Daseinsfürsorge – oder als Business?

Das Schlimmste, befürchte ich, könnte daher erst noch kommen: Dann nämlich, wenn hinterher alles so weitergeht, wie bisher. Wenn eine Impfung, eine „Herdenimmunität“ oder ein Medikament dem Spuk ein Ende bereiten, sich die Überlebenden den Schweiß von der Stirn wischen und denken: Diesen Feind haben wir vertrieben! Und jetzt wieder weiter wie gehabt!

Bis zur nächsten Krise: Banken, Klima, Corona – erinnern Sie sich noch, was vor 10 Jahren versprochen wurde, während der letzten schweren Krise unseres Systems – und was am Ende davon übrig blieb?

Ja, dieses Virus stellt uns vor eine existenzielle Frage. Aber vor allem vor diese eine: Entweder lernt die Menschheit nun – oder lernt sie nicht?

Klaus-Gregor Eichhorn

Der Facharzt für Anästhesiologie und Doktor der Medizin wurde 1981 in Karl-Marx-Stadt

(jetzt Chemnitz) geboren. Als Publizist veröffentlicht er in verschiedenen Medien. Zudem ist er als Filmemacher aktiv. Zuletzt erschien von ihm in der Freien Presse „Die Unvollendete“; www.gregoreichhorn.de/jfp



FOTO: PHOTON

Welche Meinung haben Sie?

Mit der Serie „Einspruch“ stellt die „Freie Presse“ Ansichten zu aktuellen gesellschaftlichen Streitthemen zur Diskussion. Dabei entsprechen die Standpunkte der Autoren nicht den gängigen Argumentationsmustern. So wollen wir einen neuen Blick auf die Themen werfen, aber auch zur Diskussion herausfordern. Sie, liebe Leser, möchten wir einladen, uns Ihre Meinung zu sagen. Leserpost bitte an: „Freie Presse“, Chef vom Dienst, Postfach 261, 09002 Chemnitz oder leserbriefe@freiepresse.de jfp

» www.freiepresse.de/einspruch

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
 Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
 Telefon: 0371 6560
 Telefax Redaktion: 0371 656-17084
 Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
 Internet: www.freiepresse.de
 E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
 Geschäftsführer: Dr. Michael Tillian
 Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
 Stellvertretende Chefredakteur: Udo Lindner, Jana Klameth
 Stellvertretender Chefredakteur
 Digitales: Sascha Aurich

Anzeigenleitung: Gesamt: Tobias Schniggenfittig (verantwortlich für den Anzeigenteil)
 National: Alexander Arnold
 Leiter Leserkreis: Arne Stuck

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.
 Abbildungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbildungen anzunehmen.